

Klarheit über Moçambique?

Seit die Londoner Times am 10. Juli dieses Jahres, eine Woche vor dem Besuch des portugiesischen Ministerpräsidenten Caetano in Großbritannien, den Bericht von P. *Adrian Hastings* über ein portugiesisches Massaker in Wiriyamu im Tete-Distrikt von Moçambique veröffentlichte, richtet sich die Aufmerksamkeit der westlichen Welt seit dem Abzug der Weißen Väter aus Moçambique im Jahre 1971 (vgl. HK, Juli 1971, 212 ff.) verstärkt auf die portugiesische Kolonie im Südosten Afrikas. Der Artikel in der Times, der sich auf Angaben spanischer Burgos-Missionare, die in der Diözese Tete tätig waren und von den portugiesischen Behörden des Landes verwiesen wurden, stützte, warf der portugiesischen Armee vor, am 16. Dezember 1972 in und um das Dorf Wiriyamu ca. 400 Zivilisten auf brutale Weise getötet zu haben, weil sie die afrikanische Befreiungsorganisation FRELIMO unterstützt hätten. Es sollte sich dabei um die letzte einer ganzen Serie von in Moçambique begangenen und bekanntgewordenen Greuelthaten handeln. Die spanischen Priester, deren exponierte Vertreter später mit Namen bekanntgegeben wurden — es handelt sich um den 36jährigen *Vincente Berenguer* und den 28jährigen *Julio Moure* —, waren nicht Augenzeugen dieser Vorgänge, sondern haben die Berichte (in denen sich auch die Namen und das Alter von 120 ermordeten Dorfbewohnern befinden) mehrerer afrikanischer Augenzeugen, von denen einige nach eigenen Angaben schwerverletzt dem Massaker entkommen konnten und sich im Krankenhaus von Tete behandeln ließen (eine in diesem Krankenhaus tätige Ordensschwester bestätigte, bei diesen Patienten Brand- und Schußwunden gesehen zu haben), gesammelt und in schriftlicher Form zunächst an kirchliche Stellen in Moçambique und später an den Vatikan weitergegeben. Erst als sich herausstellte, daß von diesen Stellen kein öffentlicher Protest gegen das Vorgehen der Armee zu erreichen war, wandten sich die Missio-

nen an die Weltöffentlichkeit. Für die notwendigen Verbindungen zur Presse bot sich Adrian Hastings als besonders geeignet an, da er bereits etliche Jahre für die afrikanischen Missionen arbeitet und auf Grund seiner vorwiegend missionswissenschaftlichen Studien und Publikationen ein auf dem schwarzen Kontinent bekannter Mann ist, der mit der kirchlichen Situation in vielen afrikanischen Ländern vertraut ist. Er führt auch wissenschaftliche Projekte für nichtkatholische Kirchen in Afrika durch.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Artikels in der Times meldete sich eine beachtliche Anzahl Stimmen, die Hastings' Angaben für unglaubwürdig hielten. Manche gingen sogar so weit, die Vertrauenswürdigkeit des Verfassers und seiner Gewährsmänner völlig in Zweifel zu ziehen. Angesichts der verwirrenden Fülle von Personen- und Ortsnamen, Daten und Fakten, widersprüchlichen Aussagen und Dementis, war es anfangs schwierig, einen Überblick über die Geschehnisse in Moçambique zu bekommen, wo seit über 10 Jahren ein erbitterter Buschkrieg zwischen schwarzen Guerilleros und der portugiesischen Kolonialmacht im Gange ist, der mehr und mehr eskaliert.

Anschuldigungen erhärtet

Nach dem Bekanntwerden der Anschuldigungen von Hastings, bestritt als einer der ersten der Bischof von Lourenço Marques, der Hauptstadt Moçambiques, in einem Interview mit der „Welt“ (25. 7. 73), daß ein Ort namens Wiriyamu existiere und daß es ein Massaker der beschriebenen Art gegeben habe. Die Bischofskonferenz von Moçambique sei lediglich mit einem Zwischenfall im Raum Tete befaßt worden, bei dem von FRELIMO angegriffene Soldaten sich zu einer Überreaktion hätten hinreißen lassen. Außerdem beschuldigte er die spanischen Patres, die er für „christliche

Marxisten“ hielt, das Massaker zu politischen Zwecken erfunden zu haben. Kameraleute aus den USA, Großbritannien, Südafrika und ein ZDF-Team reisten nach Moçambique, um Wiriyamu zu suchen und Beweise für ein Massaker zu finden, das allerdings bereits über ein halbes Jahr vor ihrer Suche an Ort und Stelle stattgefunden hatte. *Michael Knipe*, der Südafrika-Korrespondent der Londoner Times fand in dem von den spanischen Missionaren angegebenen Gebiet im Tete-Distrikt einen Ort namens Wil(l)iamo (vgl. Portugal Report, Nr. 7, Juli 73) und nicht Wiriyamu. Knipe zog daraus den Schluß, daß dies ein erstes Indiz für die Unzuverlässigkeit der Einzelangaben in Hastings Artikel sei. Knipe folgte dabei einem Trugschluß, dem häufig westliche Journalisten, die über Ereignisse in Moçambique berichten, aber die Besonderheiten von Land und Sprache nicht kennen, unterliegen. In manchen afrikanischen Sprachen sind einige Buchstaben phonetisch und graphisch austauschbar, ohne daß sich dadurch die Bedeutung des Wortes ändert. Das gilt auch für die Buchstabenpaare „l“ und „r“. Nach Auskunft des belgischen Missionars *Vic Nis*, der 13 Jahre lang in Moçambique tätig war, war der Ort des Massakers nach dem Dorfoberhaupt Wil(l)iam benannt (afrikanische Dörfer pflegen nach dem jeweiligen Häuptling oder Dorfvorsteher benannt zu werden), woraus man afrikanischen Sprachgesetzen zufolge auch Wiriyamu machen kann. Daher gelten beide Bezeichnungen für ein und denselben Ort. Die Feststellung von Reportern, daß Wiriyamu auf keiner Landkarte zu finden sei, verweist auf eine Tatsache, auf die „Le Monde“ bereits im Jahre 1970 aufmerksam machte. Erst 1970 begann die portugiesische Regierung, die noch unerforschten Gebiete Moçambiques (wozu auch der Tete-Distrikt gehört) kartographisch zu erfassen, und appellierte für dieses Unternehmen an internationale Hilfe. Was die unterschiedliche Lokalisation von Wiriyamu angeht (die Entfernungsangaben zwischen Tete und Wiriyamu schwanken in den Pressemeldungen zwischen 10 km

und 35 km), die den spanischen Missionaren ebenfalls zur Last gelegt wurde, so muß man berücksichtigen, daß ein ostafrikanisches Dorf in der Regel aus mehreren Dorfeinheiten besteht, die unter Umständen einige Kilometer weit auseinanderliegen können, jedoch alle denselben Namen tragen. Der Bundestagsabgeordnete und entwicklungspolitische Sprecher der CDU, *Jürgen Todenhöfer*, bestätigte in einem am 5. Oktober 1973 veröffentlichten Interview mit der „Deutschen Zeitung“, das die Überschrift „Das Massaker fand doch statt“ trägt, die oben dargelegte Anlage und Benennung afrikanischer Dörfer und gab an, während seines neuntägigen Aufenthaltes Anfang September an einem Ort namens Wiliamu gewesen zu sein. Im übrigen bereitet es angesichts der simplen Bauweise afrikanischer Behausungen keine große Schwierigkeit, ein Dorf dem Erdboden gleichzumachen und alle Spuren seiner vormaligen Existenz zu beseitigen.

Nachdem die Massaker von Wiri Yamu und in den umliegenden Dörfern Chawola und Juwau (*The Observer*, 26. 8. 73) bekannt geworden waren, traten noch andere Missionare aus Moçambique an die Öffentlichkeit, die von Grausamkeiten portugiesischer Soldaten gegenüber der afrikanischen Zivilbevölkerung zu berichten wußten, die den Geschehnissen in Wiri Yamu lange vorausgegangen waren, allerdings nicht deren Ausmaß hatten. Außerdem wurde daran erinnert, daß sich seit Januar 1972 zwei spanische Missionare — *Martin Hernández* und *Alfonso Valverde* — im Gefängnis von Lourenço Marques befinden, weil sie versucht hatten, die Öffentlichkeit bereits zu Beginn dieses Jahres über Morde zu informieren, die die Armee in der Zeit von Mai bis November 1971 im Mucumbura-Gebiet verübt haben soll. Ebenso wurden Gewalttaten aus den portugiesischen Besitzungen Angola und Guinea-Bissau bekannt.

Das Belastungsmaterial gegen die portugiesischen Kolonialbehörden wurde so umfangreich und schwerwiegend, daß die Regierung in Lissabon sich

zu einer staatlichen Untersuchung im Falle Wiri Yamu gezwungen sah. Am 19. August erklärte das portugiesische Verteidigungsministerium nach einer, wie es hieß, „rigorosen dienstlichen Untersuchung“ der von den spanischen Missionaren erhobenen Anschuldigungen, daß es zumindest eine Vergeltungsaktion von Seiten portugiesischer Truppen gegen die einheimische Bevölkerung gegeben habe und daß die Schuldigen eine gerechte Strafe erhalten würden. Im Zusammenhang mit den Massenmorden in Tete wurde laut „Johannesburg Star“ der Militärgouverneur dieses Distrikts im September dieses Jahres seines Amtes enthoben. Bereits im Juli war der portugiesische Oberbefehlshaber in Moçambique General *de Arriaga* von General *Machado* abgelöst worden. Das Ministerium gab jedoch nicht bekannt, wo und wann die festgestellten „verwerflichen Handlungen“ begangen wurden. Es wurde nur gesagt, daß sie nicht in den von den spanischen Missionaren genannten Orten stattgefunden hätten. Ministerpräsident *Caetano* warb in einer Rede anlässlich seines London-Besuches zugleich um Verständnis für die Situation der Truppen in Moçambique. Er bezeichnete es als schwierig, immer und überall „exzessive Reaktionen“ der Angegriffenen auszuschließen.

Grausamkeiten auf beiden Seiten

Seitdem sich die internationalen Proteste gegen den „schmutzigen Kampf“ (der immerhin 40% des Staatshaushaltes verschlingt), den Portugal in seinen Kolonien führt, verstärken, rücken auch die Guerilla-Aktivitäten der FRELIMO, die der Brutalität der portugiesischen Armee in nichts nachstehen, immer mehr ins Blickfeld. Die Tatsache, daß auf portugiesischer Seite die Grausamkeiten oftmals von schwarzafrikanischen Soldaten begangen werden, welche die Mehrheit in der portugiesischen Armee bilden, mag möglicherweise gelegentlich auch dazu führen, daß sich Sippenfehden in den Kampf um politische Ziele mischen

(vgl. NZZ, 9. 8. 73). Die Freiheitskämpfer der FRELIMO sind an Zahl und Ausrüstung der portugiesischen Armee unterlegen. Sie weichen deshalb einer direkten Konfrontation immer noch aus und kämpfen aus dem Hinterhalt, meist in Grenzgebieten, um sich schnell wieder in Sicherheit bringen zu können. Ihre Opfer sind nicht nur portugiesische Soldaten, sondern alle, die mit der Kolonialmacht zusammenarbeiten. Sie verschleppen in abgelegenen Gebieten die Bewohner ganzer Dörfer, um sie zu Guerillakämpfern auszubilden. Die Menschen in den Dörfern sind von beiden Seiten bedroht und wissen nicht mehr, wie sie sich verhalten sollen.

Adrian Hastings sprach bei verschiedenen Gelegenheiten (er wurde Ende Juli u. a. vom Generalsekretär der Vereinten Nationen *Kurt Waldheim* empfangen) davon, daß in Moçambique systematisch Völkermord betrieben werde. Von Genozid kann jedoch keine Rede sein. Vielmehr versucht die portugiesische Regierung die afrikanische Bevölkerung mit allen Mitteln auf ihre Seite zu ziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, nimmt sie die Hilfe rhodesischer Truppen in Anspruch, die hauptsächlich im Tete-Distrikt eingesetzt werden, um Aktionen durchzuführen, die sich gegen diejenigen Afrikaner richten, die sich der Eingliederung in portugiesische Wehrdörfer, den sog. *Aldeamentos* zu entziehen versuchen. Rund 280 000 Menschen wurden in den vergangenen Jahren allein im Grenzdistrikt Tete umgesiedelt. Noch weitere 700 000 Afrikaner sollen in 600 neugeplante Wehrdörfer in den Distrikten Vila Pery und Beira einziehen (vgl. Süddeutsche Zeitung, 14./15. 8. 73). Portugal begründet diese Maßnahmen damit, die afrikanische Bevölkerung vor den Guerrilleros schützen zu müssen. Andere Meldungen besagen, daß die Afrikaner in den Wehrdörfern in noch stärkerem Maße als bisher Zwangsarbeit leisten müssen. Die Wehrdörfer sind eines der bevorzugtesten Angriffsziele der FRELIMO. So sind nach neuesten Meldungen die portugiesischen Streitkräfte im Umkreis von Tete

nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung gegen die mit sowjetischen und chinesischen Waffen ausgerüsteten Befreiungskämpfer zu verteidigen. In einer Übersicht bezeichneten portugiesische Dienststellen das Jahr 1972 als ein Rekordjahr an Überfällen.

Die Reaktion der Hierarchie

In diesem Rahmen muß auch die Frage nach der Haltung der Kirche gegenüber den kriegerischen Auseinandersetzungen in Moçambique gestellt werden. Ihre Rolle muß einerseits in der Relation zu der Anzahl der Christen in diesem Lande gesehen werden, die nicht mehr als 17% der Gesamtbevölkerung ausmachen, und andererseits in ihrem Verhältnis zu Portugal, das durch das Konkordat von 1940 und das Missionsabkommen von 1941 geregelt ist und wodurch die portugiesischen Missionen der direkten Jurisdiktion der Propaganda Fide entgingen. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die seit 1911 getrennt sind, waren und sind heute keineswegs so rosig, wie dies leichtin behauptet wird. Alle Klauseln des Konkordates zielen darauf ab, die Kirche in Abhängigkeit vom Staat zu halten. Die Diözesangrenzen (in Moçambique durfte jahrhundertlang kein Bistum errichtet werden) decken sich mit den administrativen; die Bischöfe müssen der Regierung Bericht erstatten über ihre Arbeit. Die Ausbildung an den Seminaren unterliegt der Kontrolle der Regierung; die Verantwortlichen in den verschiedenen kirchlichen Bereichen müssen Portugiesen sein. Die Missionstätigkeit gilt auch als öffentliche Zivilisierungseinrichtung; das Missionspersonal erhält Auslandszulagen; die Zuschüsse für die Kirchen werden aus dem Etat der Provinzen bestritten. Die Kirche zahlt für ihren Besitz keine Steuern. Obwohl die Stellung des portugiesischen Klerus nicht angetastet wurde, ermöglichte das Missionsabkommen von 1941 die verstärkte Hinzuziehung nichtportugiesischen Missionspersonals und eine großzügigere Handhabung bei der Zu-

lassung protestantischer Missionare, deren Arbeit jedoch seit den sechziger Jahren von den Behörden sehr erschwert wird, da sie sich aktiv für die Unabhängigkeitsbewegungen engagieren. Die rücksichtslose Verfolgung protestantischer Missionare und der Regierung nicht genehmer katholischer (meist ausländischer) Priester dürfte für die offizielle Kirche, die auf Grund staatlicher Übergriffe bereits mehrere Epochen des Niedergangs der Missionen in der Geschichte Moçambiques mitgemacht hat, ein Anlaß sein, anstelle öffentlicher Proteste lieber hinter den Kulissen zu taktieren. Auf diesem Hintergrund wird in etwa verständlich, warum die Hierarchie in Moçambique im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Massaker in einem sehr zwiespältigen Licht erschien.

So leugnete beispielsweise der Bischof von Tete gegenüber Journalisten weder die Massaker, die in seiner Diözese stattgefunden hatten, noch bestätigte er sie. Er verweigerte jegliche Auskunft darüber mit dem Hinweis, daß sie doch nur für politische Zwecke ausgenutzt würde, je nachdem ob der jeweilige Reporter „kapitalistisch“ oder „kommunistisch“ gesinnt sei. Im September 1973 wurde jedoch bekannt, daß derselbe Bischof zum Zeitpunkt der Greuelthaten in Wiriyamu eigene Nachforschungen darüber anstellte und seine Ergebnisse Anfang März 1973 dem Generalgouverneur von Moçambique schriftlich mitteilte, drei Monate vor der ersten Pressemeldung in der Londoner Times. Dieser antwortete ihm tags darauf. Seinem Protest gegen die Anwendung von Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung von seiten der Armee und der FRELIMO schlossen sich alle Mitglieder der Bischofskonferenz Moçambiques an. Daß dies geschah, wurde aber erst durch eine öffentliche Erklärung des Patriarchen von Lissabon, Kardinal *Ribeiro* bekannt, in der dieser den Eingang eines ausführlichen Berichtes der Bischöfe über die Vorgänge in Moçambique bestätigte, in dem „die Tötung von Hunderten von Personen“ beklagt wird. Der Bericht trägt das Datum

vom 30. 8. 73. Der Kardinal bestätigte in seiner Erklärung im wesentlichen die Aussagen der Burgos-Patres Berenguer und Moure. Der Bericht selbst wurde am 16. September 1973 im vollen Wortlaut zusammen mit dem Antwortschreiben des Generalgouverneurs von Moçambique im „Osservatore Romano“ veröffentlicht und als „würdiges Zeugnis für den pastoralen Eifer der Bischöfe bei der Unterstützung und Verteidigung der ihrer Hirten-sorge anvertrauten Bevölkerung“ bezeichnet.

Ob die Bischöfe Moçambiques und der Vatikan, der durch diplomatische Kanäle auf die portugiesische Regierung einzuwirken versucht, ihrer Sorge für die afrikanische Bevölkerung wirklich Genüge tun können, darüber besteht in der Weltkirche keine Einigkeit. Der Vatikan wurde von mehreren Seiten beschuldigt, Gewalt und Unterdrückung in den portugiesischen Kolonien stillschweigend zu dulden. Lediglich geheime Aktionen würden daran nichts ändern. Selbst der Generalsekretär der protestantischen „Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz“, *Burgess Carr* (Liberia), der im Juli während einer Europareise auch vom Papst empfangen wurde, übte heftige Kritik an der Haltung des Vatikans und forderte die 41 Mitgliedstaaten der „Organisation für Afrikanische Einheit“ auf, ihre diplomatischen Beziehungen zum Vatikan zu überprüfen. Das Konkordat zwischen Portugal und dem Vatikan bezeichnete er als „Allianz zwischen kolonialer Unterdrückung und religiöser Besetzung“. Das war zweifellos wenig diplomatisch und emotional überzogen. Die Mehrheit des portugiesischen Klerus in Afrika glaubt heute noch, durch ein mehr oder weniger auffälliges Wirken und vor allem durch den Verzicht auf jegliche politische Stellungnahme noch am besten für die afrikanische Bevölkerung wirken zu können. Wenn aber Ministerpräsident Caetano in seinem Interview mit der „Welt“ (1. 9. 73) sagt, daß die katholische Kirche unter allen Umständen in der Dritten Welt überleben will, dann bestätigte er auf seine Weise, daß die Zahl derjenigen

Missionare, die ungeteilt den Standpunkt der portugiesischen Kolonialregierung vertritt, im Abnehmen ist und daß diejenigen an Boden gewinnen, die sich nicht für ein mit Kolonialinteressen verquicktes, pseudo-

abendländisches Christentum in Afrika mißbrauchen lassen wollen. Die Tatsache, daß sich auch die portugiesische Bischofskonferenz bzw. ihr Ständiges Komitee Ende September mit den Bischöfen Moçambiques ausdrück-

lich solidarisch erklärt hat (vgl. NC News Service, 9. 10. 73), dürfte jenen Kräften Auftrieb geben, die innerhalb der Kirche die portugiesische Afrika-politik mit kritischen Augen sehen.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Die Kirche in Staat und Gesellschaft

Das erste Schwerpunktthema dieses Heftes bildet das Verhältnis von Staat und Kirche. Wir bringen dazu Berichte aus der Bundesrepublik, aus Österreich und aus Frankreich. Die Berichte sind nicht themengleich. Im Bericht aus der Bundesrepublik steht, im Anschluß an das Kirchenpapier aus der FDP, das rechtliche Verhältnis von Staat und Kirche im Vordergrund, im Bericht aus Österreich ist das Verhältnis Kirche—Parteien das beherrschende Thema, im Frankreichbericht ist es der innerkirchliche Bewußtseinswandel über das Verhältnis von kirchlichem Engagement und staatlicher Gewalt. Alle drei Berichte behandeln präzise aber die Kernfragen, die in den jeweiligen Ländern zur Diskussion stehen.

Bundesrepublik: Korrektur im Verhältnis von Kirche und Staat?

Seit der Veröffentlichung der Thesen der Jungdemokraten über die Trennung von Kirche und Staat im Januar dieses Jahres (vgl. HK, März 1973, 160) ist das Verhältnis Kirche—Staat eines der aktuellen Tagesthemen in der bundesdeutschen Presse. Nach dem Bekanntwerden der in der Sache gleichgerichteten, in Form und Begründung aber konzilianteren Thesen einer FDP-Sonderkommission über „Freie Kirche im freien Staat“ (vgl. HK, Oktober 1973, 512 ff.) hat sich die Diskussion noch verbreitert und intensiviert. Kaum ein Tag oder ein Wochenende vergeht, an dem Kirchenmänner und Politiker abwehrend, beschwichtigend, zustimmend oder erläuternd Stellung nehmen. Dies kann nicht verwundern, denn die Stellung der Kirchen in der Öffentlichkeit hat sich in den letzten Jahren gewandelt, und auch die Vorstellungen über Trennung und Zusammenwirken zwischen Kirche und Staat haben sich verschoben. Es kann kaum überraschen, daß über die Regelung des Verhältnisses neu nachgedacht wird.

Was will die FDP?

Es kann aber auch nicht verwundern, wenn die Kirchen sich „herausgefordert“ fühlen. Die Thesen der FDP-Kommission nehmen fast alle Sachforderungen des Judopapiers von Januar wieder auf. Sie vermeiden zwar antiklerikale oder gar antikirchliche Töne, und ihre Autoren erklären, sich auf die Entflechtung „organisatorisch-rechtlicher Verknüpfungen“ zwischen Kirche und Staat beschränken zu wollen. Dennoch bedeuteten die FDP-Thesen, würden sie verwirklicht, eine empfindliche Zäsur im Verhältnis Kirche—Staat. Von Tendenzen, die sich gegen die Kirchen richten, sind auch sie nicht frei. Wie die Judos fordern die Mitglieder der FDP-Kommission: die Beseitigung des Status der Kirchen als Körperschaften öffentlichen Rechts, die Ersetzung der Kirchensteuer durch ein kircheneigenes Beitragssystem, die Aufhebung von Konkordaten und Staatsverträgen mit den Kirchen, die Tilgung „religiös-weltanschaulicher und moralischer Vorstellungen einzelner Gruppen“ aus den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Landesverfassungen, die Einführung der religiös und weltanschaulich neutralen Gemeinschaftsschule als Regelschule, die Abschaffung sakraler und religiöser Symbole im Bereich staatlicher Institutionen (Schulgebet, Kruzifix, Eid usw.). Die Beseitigung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach ist den Autoren der Thesen offenbar ebenfalls ein dringendes Anliegen, obwohl sie — großzügiger als ihre jungdemokratischen Vorläufer — den Kirchen in den Schulen Räume für einen kirchlichen Religionsunterricht zur Verfügung stellen möchten. Selbst hinsichtlich der Kirchenmitgliedschaft folgen sie in der Substanz dem Judopapier. Sie möchten zwar unzuständigkeitshalber die Kindertaufe nicht antasten bzw. staatlich reglementieren, aber die Wirkung der Kirchenmitgliedschaft für das staatliche Recht von einer persönlichen Beitrittserklärung nach Erreichung der Religionsmündigkeit (bekanntlich bei Vollendung des 14. Lebensjahres) abhängig machen.